



56. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Sitzungstermin: Donnerstag, 27.03.2014, 16:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.041, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str.
79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes**
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
- 4.1 Alternative Hortstandorte Fraktion Bürgerbündnis
14/SVV/0050
- 4.2 Soziale Infrastruktur im Entwicklungsbereich Fraktion CDU/ANW
Bornstedter Feld
14/SVV/0178
- 5 Anträge**
- 5.1 Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. gemäß § Oberbürgermeister, FB Kinder,
75 SGB VIII Jugend und Familie
14/SVV/0248
- 6 Mitteilungen der Verwaltung**
- 6.1 Bericht aus dem Steuerungskreis "Suchtkonzept"
- 6.2 Information zu den Ergebnissen der Evaluation
Verwaltung Jugendamt
- 6.3 Neufassung Begrüßungsmappe
Babybegrüßungsdienst
- 7 Sonstiges**



Niederschrift 55. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.02.2014
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:03 Uhr
Ort, Raum:	Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrig Müller DIE LINKE Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	von 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Björn Karl	FDP	
Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	
Herr Dr. Lutz Henrich	anerkannter freier Träger	bis 19:32 Uhr
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Clemens Viehrig	CDU/ANW	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Rüdiger Schmolke anerkannter freier Träger ab 16:43 Uhr

beratende Mitglieder

Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	
Herr Ronald Sima	Kreiselterrat	bis 18:10 Uhr
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt	
Herr Steffen Müller	Stadtsporbund	
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	bis 18:20 Uhr

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger Beigeordnete Geschäftsbereich 3

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Hella Drohla	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Ltrn. Büro f.Chancengleichh./Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Christoph Dähnrich	Kath. Kirche	nicht entschuldigt
Frau Ganna Razu	Jüd. Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Herr Bodo Ströber	stellv. Ausschussmitglied
Herr Andreas von Essen	AG Jugendförderung
Frau Carol Wiener	stellv. Vorsitzende Regionale AG 1
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Michael Kroop	Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport
Frau Erika Plümecke	Vorstand Verein Groß Glienicker Begegnungshaus e.V. Frau
Barbara Rehbehn	Geschäftsführerin KUBUS gGmbH
Herr Daniel Zeller	Geschäftsführer Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.01.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Jugendhilfeplan der Landeshauptstadt Potsdam 2014 bis 2018
Vorlage: 14/SVV/0023
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 4.2 Weiterentwicklung Rahmenkonzept Bürger- und Begegnungshäuser
Vorlage: 14/SVV/0047
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
- 4.3 Alternative Hortstandorte
Vorlage: 14/SVV/0050
Fraktion Bürgerbündnis
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld
Vorlage: 14/SVV/0087
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.01.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Müller stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Niederschrift vom 23.01.2014

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung zur vorliegenden Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller teilt mit, dass ihr zur DS 14/SVV/0047 „Weiterentwicklung Rahmenkonzept Bürger- und Begegnungshäuser“ (TOP 4.2) folgende Anträge auf Rederecht vorliegen:

Frau Erika Plümecke, Vorstand des Vereins Groß Glienicker Begegnungshaus e.V. , Frau Barbara Rehbehn, Geschäftsführerin KUBUS gGmbH und Herr Daniel Zeller, Geschäftsführer des Vereins Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

Sie bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechtes.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Anschließend schlägt Frau Dr. Müller vor, den Antrag 14/SVV/0050 „Alternative Hortstandorte“ (TOP 4.3 zurückstellen), da der Antrag nur im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung entschieden werden kann. Sie teilt mit, dass die AG Schulentwicklungsplan am 08.03.2014 tagt und bittet um Abstimmung über die Zurückstellung der Drucksache.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Abschließend bittet sie um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Bundeselterngeld

Herr Tölke informiert, dass die Bearbeitungszeit für Bundeselterngeldanträge zurzeit zwischen 5 und 15 Wochen beträgt, da ca. 80 % der Antragstellenden Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit haben und hier die Berechnung sehr aufwändig ist. Erschwerend kommt hinzu, dass es erneut zu längerfristigen krankheitsbedingten Ausfällen gekommen ist.

Befristet für ein Jahr wurden vier Stellen zur sofortigen Besetzung ausgeschrieben. Das Ausschreibungsverfahren läuft aktuell. Mit der Besetzung wird noch im Monat März gerechnet.

Des Weiteren wird der zeitlich befristete unterstützende Einsatz eines Steuerberatungsbüros unter Beachtung aller datenschutz- und verwaltungsrechtlichen Erfordernisse geprüft. Die befürwortenden Antworten des Landesdatenschutzbeauftragten und des städtischen Datenschutzes liegen vor, die Zustimmung der Aufsichtsbehörde seitens des Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, nach nochmals ausstehender Rücksprache mit dem Bundesministerium, ist offen. Mit den vorbereitenden Maßnahmen zur zeitlich befristeten Auftragserteilung eines Steuerbüros ist schon begonnen worden.

Nachfragen hinsichtlich kommunaler Unterstützung durch andere Städte und Gemeinden wurden auf Grund eigener Belastung abgewiesen.

Aus dem Fachbereich Soziales und Gesundheit unterstützen derzeit zwei Mitarbeiterinnen die Antragsbearbeitung. Darüber hinaus nimmt der zentrale Bürgerservice Anträge entgegen und gibt allgemeine Informationen, der Betreuungsservice Kita-Tipp informiert und berät Eltern in Abstimmung mit der Elterngeldstelle zu speziellen Fragen.

Parallel wird die Umstellung von weiterführenden veränderten Prozessabläufen (u.a. Aufteilung Akten nach Geburten, kürzere Wege, klare Zuständigkeiten) gemäß der abgeschlossenen Organisationsuntersuchung sichergestellt.

Gegenwärtig werden alle Ressourcen gebündelt, um die Erstausszahlung von Elterngeldleistungen innerhalb eines Monats nach Eingang des vollständigen Antrages zu realisieren und eine wie bislang gelebte Erreichbarkeit und Bürgerfreundlichkeit zu sichern.

Es wird davon ausgegangen, dass dann bis zum Sommer 2014 der Antragsstau abgebaut werden kann und es eine angemessene Bearbeitungszeit gibt.

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Wollenberg, ob die Inanspruchnahme eines Steuerberatungsbüros zur Bearbeitung von Elterngeldanträgen ausgeschrieben werden muss, erklärt Herr Tölke, dass aufgrund der Dringlichkeit eine Freihändige Vergabe vorbereitet werden kann. Hierzu müssen drei Angebote eingeholt werden.

Frau Dr. Müller bittet um erneuten Bericht in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Umzug des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke informiert, dass der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie voraussichtlich im Juni/Juli 2014 in die Behlertstr. 3a zieht.

Kinderschutzkonzept

Herr Tölke teilt mit, dass das für März 2014 zugesagte Kinderschutzkonzept für

die Landeshauptstadt Potsdam dem Jugendhilfeausschuss erst zur Mai-Sitzung 2014 vorgelegt werden kann.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass der Kinderschutz in der Landeshauptstadt Potsdam gewährleistet ist.

Themenplanung Jugendhilfeausschuss 2014

Frau Dr. Müller verweist auf die zum Tagesordnungspunkt ausgereichten Unterlagen und teilt mit, dass es folgende zwei Änderungen gibt:

Das Kinderschutzkonzept wird von der März-Sitzung auf die Mai-Sitzung vertagt. Die Vorstellung des Netzwerkes „Ausbilden für die Praxis“ wird statt in der April-Sitzung in der Juni-Sitzung behandelt.

Sie bittet die Ausschussmitglieder, Vorschläge zu in die Planung aufzunehmende Themen an Frau Spyra zu geben, um diese in die Themenplanung einarbeiten und allen JHA-Mitgliedern vor der nächsten Ausschusssitzung zusenden zu können.

Frau Hübner fragt, ob der Arbeitskreis Kinderschutz an der Erarbeitung des Kinderschutzkonzeptes beteiligt ist.

Herr Tölke erklärt, dass im Konzept Schnittstellen beschrieben werden. Ein einheitlicher Kinderschutzbogen, der durch die Träger zu nutzen ist, soll entwickelt werden.

Eckdaten werden formuliert, die einzuhalten sind.

Herr Otto fragt, ob die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII vor Einbringung des Kinderschutzkonzeptes in den Jugendhilfeausschuss beteiligt werden.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass das Kinderschutzkonzept der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und dann im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuss für Bildung und Sport beraten werden soll.

Schwierig ist hier die ausschussfreie Zeit nach der Kommunalwahl im Mai 2014. In dieser Zeit kann aber die Beteiligung der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII erfolgen.

Herr Harder weist darauf hin, dass verschiedene größere Einrichtungen Probleme bezüglich der Umsetzung des Kinderschutzgesetzes haben, da in großen Einrichtungen auch viele ehrenamtliche Initiativen arbeiten, die auch damit erreicht werden müssen. Dies sollte konzeptionell mit angedacht werden.

Frau Hübner bittet, die bereits abgegebenen Zuarbeiten zu berücksichtigen.

zu 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Ströber teilt mit, dass die AG Hilfen zur Erziehung am 14.03.2014 tagt. Der Arbeitskreis Sozialarbeit an Schulen hat für den 19.06.2014 das zweite Workshop-Verfahren geplant.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass es zu diesem Zeitpunkt keinen Bildungsausschuss gibt

Herr Ströber informiert, dass in der letzten Sitzung am 13.02.2014 das erste Werkstatt-Treffen ausgewertet wurde. Zum Diskussionsstand im Rahmen des Prozesses bei der Erarbeitung eines kommunalen Gesamtsystems Schule - Jugendhilfe teilt er mit, dass die wesentlichen Abschnitte zusammengefasst 7 Themen ergeben.

Herr Liebe bittet Herrn Ströber, Frau Spyra die 7 Punkte zur Verfügung zu stellen, um diese ins Protokoll aufnehmen zu können.

Nachtrag:

Diese Positionierungen bilden die Grundlage für das abgestimmte Zusammenwirken:

- 1. Schule und Jugendhilfe gestalten gemeinsam die Bildungsbedingungen...*
- 2. Die Potsdamer Schulen werden als Lern- und Lebensort gestaltet. Individuelle Förderung und Bildungsgerechtigkeit sind zentrale Ziele der Schulen...*
- 3. Übergänge zwischen Bildungsphasen und Bildungsinstitutionen sind Bestandteil jeder Bildungsbiographie...*
- 4. Die Förderung sozialer Kompetenzen sowie die Partizipation der Schülerinnen und Schüler am Lern- und Lebensort (sind) zu stärken...*
- 5. Schulsozialarbeit als die intensivste Form der Kooperation von Schule und Jugendhilfe ist fester Bestandteil der Bildungslandschaft Potsdam...*
- 6. Die Schnittstellen der HzE zur Schulsozialarbeit, zur Kita und dem Hort sowie die Schnittstellen zur Schule werden ... zu einem regelhaft im Hilfeprozess zu berücksichtigender Aspekt...*
- 7. Die Angebote der Jugend(sozial)arbeit in Kooperation mit Schulen werden in Potsdam auf der Grundlage vereinbarter Qualitätskriterien durchgeführt. Die gemeinsame Planung, Zielbestimmung sowie Auswertung der Zusammenarbeit inkl. Überprüfung der Zielerreichung sind dabei fester Bestandteil...*

Herr Otto informiert, dass sich die AG Kita u.a. mit der Kita-Finanzierungsrichtlinie befasst hat. Es wurden erste Ergebnisse des Bertelsmann-Projektes „Kita-ZOOM“ präsentiert.

Auch die Qualitätsparameter sollen in den Prozess integriert werden. Hauptproblemfelder sind nach wie vor die Reinigung, Hausmeisterleistungen und Küche. Die Problemlagen werden zusammengestellt und Herrn Tölke übersandt.

Die AG hat sich auch mit der Elternbeitragsordnung befasst. Hierzu wurde eine Unter-AG gebildet.

Des Weiteren wurden das Kinderschutzkonzept sowie der Schulentwicklungsplan thematisiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass es einen Rückstau bei der Bearbeitung der Betriebskostenabrechnung gibt.

Am 18.11. 2014 soll die neue Kita-AG gewählt werden.

Herr Tölke erklärt, dass die Betriebskostenabrechnungen derzeit abgearbeitet werden. Es wird gewährleistet, dass die Träger eine ständige Liquidität haben. Das Jugendamt ist mit den Trägern diesbezüglich im Gespräch.

Herr Liebe betont, dass die Träger beim Bertelsmann-Projekt einbezogen sind.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Verwaltung bisher keine Kenntnis über die Ergebnisse des Bertelsmann- Projektes hat.

Herr Otto weist darauf hin, dass in letzter Zeit durch das Jugendamt Anfragen an Einrichtungen gegangen sind, die eigentlich an den Träger hätten gerichtet werden müssen.

Frau Frehse-Sevran macht deutlich, dass alle Schreiben an die Träger der Einrichtungen geschickt werden sollen, um diese koordinieren zu können.

Frau Hübner berichtet aus Regionalen AG 3, die am 26.02.2014 getagt hat. Die AG hat sich mit dem Jugendhilfeplan befasst. Des Weiteren wurde der Migrationsfachtag thematisiert und angeregt, eine bewusste Willkommensstruktur im Sozialraum zu entwickeln. Der ursprünglich für 2014 geplante Termin für den Migrationsfachtag kann nicht gehalten werden. Deshalb soll im 1. Halbjahr 2015 eine Veranstaltung stattfinden.

Die Regionale AG hat sich auch mit dem Kinderschutzkonzept befasst. Abschließend fragt Frau Hübner nach dem Stand der Besetzung der Stelle der Regionalteamleitung.

Herr Tölke teilt mit, dass die Stelle extern ausgeschrieben wird und jetzt auf den Weg gebracht ist. Die Bewerbungsgespräche können voraussichtlich in ca. 8 bis 9 Wochen stattfinden.

Herr Ströber bittet, bis dahin eine Vertretung für die Regionale AG durch die Verwaltung zu realisieren.

Herr von Essen informiert, dass die AG Jugendförderung eine Sondersitzung zum Jugendhilfeplan durchgeführt hat, in der es eine intensive Diskussion gab.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Stellungnahme der AG Jugendförderung zum Tagesordnungspunkt einzubringen.

Frau Wiener (stellv. Vorsitzende Regionale AG 1) informiert, dass die AG sich ebenfalls mit dem Jugendhilfeplan befasst hat. Derzeit wird geprüft, wie sich die AG an den Prozessen beteiligen kann.

Herr Liebe informiert über die Sitzung des Unterausschuss vom 18.02.2014. Der Unterausschuss hat sich intensiv mit dem Jugendhilfeplan befasst. Der Unterausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, die Anlage 5 (Jugendförderplan) heute nicht zu beschließen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass zukünftig die Berichte der Arbeitsgemeinschaften und des Unterausschusses zu Punkten, die auf der Tagesordnung stehen, zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten gegeben werden.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Jugendhilfeplan der Landeshauptstadt Potsdam 2014 bis 2018

Vorlage: 14/SVV/0023

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Eckpunkte des Jugendhilfeplanes vor. Er dankt allen, die sich an der Erarbeitung des Planes beteiligt haben.

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) erläutert den Prozess und geht auf die Umsetzung des Jugendhilfeplanes ein.

Herr von Essen verliest die Stellungnahme der AG Jugendförderung (siehe Anlage).

Herr Otto erklärt, dass aus den in der Stellungnahme genannten Gründen die Anlage 5 (Jugendförderplan) später beschlossen werden soll.

Frau Dr. Müller bittet dies in einem Antrag zu formulieren.

Herr Dr. Henrich ergänzt, dass es auch darum geht, die Arbeit der Einrichtungen nicht miteinander zu vermischen. Als Beispiel benennt er die Stellenverschiebung vom Klub 91 zum Einsteinklub. Dies ist aus seiner Sicht nicht zielführend, da die Stellen in beiden Klubs gebraucht werden.

Frau Ukrow nimmt Bezug auf die Stellungnahme der AG Jugendförderung und weist darauf hin, dass in den Workshops viele Ideen gesammelt und dann priorisiert wurden. Deshalb haben einzelne Vorschläge am Ende keine Berücksichtigung im Plan gefunden.

Herr Liebe beantragt eine kurze Sitzungspause, um den Änderungsvorschlag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zu formulieren.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die angezeigten Wortmeldungen zu hören und dann eine Pause zu machen. Sie bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

Herr Tölke bittet, den Fokus auf den Jugendförderplan zu legen. Dieser sieht im Jahr 2017 einen Stellenaufwuchs von 5 Stellen vor.

Zur Verschiebung der beiden benannten Stellen erklärt er, dass die Ausstattung mit jeweils nur einer Stelle in einer Einrichtung bereits im Evaluationsbericht von KORUS zur Kinder- und Jugendarbeit als kritisch eingeschätzt wurde.

Herr Harder wirbt dafür, den Beteiligungsprozess nochmals zu betrachten.

Herr Tölke weist darauf hin, dass nicht alle Interessen aller Beteiligten umfassend dargestellt werden können.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass die angesprochenen Probleme durchaus lösbar sind. Die Beteiligung der AG Jugendförderung war aufgrund der langen Gründungsphase der AG sehr schwierig.

Sie regt an, darüber nachzudenken, wie mit der Herauslösung des Jugendförderplanes aus dem Jugendhilfeplan dann umgegangen werden soll.

Pause von 18:20 bis 18:30 Uhr

Herr Liebe bringt folgenden **Änderungsantrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung** ein:

Der JHA beschließt den Jugendhilfeplan ohne die Anlage 5.

Zur Konkretisierung der angestrebten qualitativen Entwicklung im Jugendförderbereich wird der Unterausschuss Jugendhilfeplanung unter Einbeziehung der Stellungnahmen von Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII bis Mai 2014 einen überarbeiteten Entwurf der Anlage 5 (Jugendförderplan) dem Jugendhilfeausschuss vorlegen.

Herr Ströber weist darauf hin, dass die AG Hilfen zur Erziehung nach § 78 SGB VIII hierzu keine fachliche Stellungnahme abgeben kann.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nicht beschließt, sondern eine Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung abgibt. Sie bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Frau Dr. Müller gibt bekannt, dass sich der Unterausschuss verständigt hat, dass es Gespräche zum weiteren Umgang mit dem Jugendförderplan geben wird.

Herr Otto bringt einen **Änderungsantrag** ein und begründet diesen.
„Die Förderung nebst Fördersumme des Kinder- und Musiktheaters „Buntspecht“ wird aus dem Jugendhilfeplan herausgenommen und der Kulturförderung zugeordnet.“

Herr Liebe fragt, ob davon ausgegangen werden kann, dass das Projekt weiterhin mit guter fachlicher Qualität gesichert ist, wenn es der Kulturförderung zugeordnet ist.

Herr Dr. Henrich gibt zu bedenken, dass das Projekt derzeit im Jugendbereich gesichert ist.
Er hält es für schwierig Beschlüssen zu fassen, die dann andere umsetzen müssen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass in das Projekt auch Kinder des Wohngebietes Am Schlaatz einbezogen sind, seit dieses im Bürgerhaus Schlaatz verortet ist. Das Projekt passt aus ihrer Sicht in den Jugendförderplan.

Frau Schulze fragt Herrn Otto, ob er die Verlagerung des Projektes in den Kulturbereich mit dem Kulturbereich kommuniziert hat.

Herr Wollenberg warnt vor der Verlagerung von Projekten in einen anderen Zuständigkeitsbereich.

Frau Hübner betont, dass die Regionale AG den Verbleib des Projektes im Jugendbereich befürwortet. Das Konzept sollte überarbeitet, im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und beraten werden.

Herr Otto erklärt, dass er die Überleitung des Projektes nicht mit dem Kulturbereich kommuniziert hat, das Anliegen aber fachlich für sinnvoll hält. Er wandelt einen Änderungsantrag in einen Prüfauftrag um.

Herr Ströber beantragt die Zurückstellung des Antrages von Herrn Otto.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Ströber.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 6

Somit ist der Antrag zur Geschäftsordnung abgelehnt.

Frau Dr. Müller schlägt vor, das Kinder- und Musiktheaters „Buntspecht“ in den zu prüfenden Jugendförderplan einfließen zu lassen und im Mai 2014 dem Jugendhilfeausschuss über das Prüfergebnis zu berichten. Somit kann auf einen gesonderten Antrag verzichtet werden.
Sie bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Abschließend bittet sie um Abstimmung über die wie folgt geänderte Beschlussvorlage.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Jugendhilfeplan der Landeshauptstadt Potsdam 2014 bis 2018 **ohne die Anlage 5 (Jugendförderplan).**

Zur Konkretisierung der angestrebten qualitativen Entwicklung im Jugendförderbereich wird der Unterausschuss Jugendhilfeplanung unter Einbeziehung der Stellungnahmen von Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII bis Mai 2014 einen überarbeiteten Entwurf der Anlage 5 dem Jugendhilfeausschuss vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14

Ablehnung: 0

zu 4.2 Weiterentwicklung Rahmenkonzept Bürger- und Begegnungshäuser

Vorlage: 14/SVV/0047

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport

Frau Rehbehn (Steuerungsgruppe der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser) erklärt, dass ein Grundverständnis zwischen den Häusern erarbeitet wurde.

Frau Plümeke (Begegnungshaus Groß Glienicke) betont, dass ein Anliegen war, das Haus nachbarschaftlicher zu gestalten. Bürgerschaftliches Engagement soll gestärkt werden.

Herr Zeller (Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.) weist darauf hin, dass die 10 derzeit geförderten Häuser sehr unterschiedlich sind. In einem mehrstufigen Workshop-Verfahren wurde ergründet, was die Häuser verbindet. Dies ist die Nachbarschaft. Das Rahmenkonzept ist ein Ergebnis eines gemeinschaftlichen Prozesses.

Herr Kroop (Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Liebe verweist auf die letzte Seite des Rahmenkonzeptes (Seite 14) mit der Überschrift „Folgende Fragen sind beispielsweise gegenwärtig offen“. Er fragt, ob es bereits erste Gedanken dazu gibt, wie viele Nachbarschaftshäuser für die Landeshauptstadt Potsdam notwendig sind.

Herr Kroop weist darauf hin, dass das Konzept sich entwickeln soll und jährlich fortzuschreiben ist. Die aufgeführten Fragen sind in dem sehr intensiven Prozess entstanden. Es gibt erste Gedanken dazu. Die Steuerungsgruppe muss sich intensiv mit dieser Frage befassen. Hier kann es keine Bedarfsplanung geben. Es muss ein Bedürfnis und ein Bedarf von den Menschen entwickelt werden, die in dem jeweiligen Stadtteil leben.

Die Fragen müssen vom Beteiligungsgremium beantwortet werden.

Frau Schulze fragt bezüglich der künftigen Steuerungsgruppe, ob die Mitglieder aus dem Pool der Begegnungshäuser kommen. Des Weiteren fragt sie, ob mit der Förderrichtlinie ein Konzept beschlossen werden soll.

Herr Kroop betont, dass die Fortschreibung des Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung und Steuerung von Nachbarschafts- und Begegnungshäusern beschlossen werden soll. Die Steuerungsgruppe wird aus Vertreter_innen der Begegnungshäuser, aber auch des Büros für Bürgerbeteiligung und der Verwaltung bestehen.

Es muss auch geklärt werden, ob verwaltungsinterne Entscheidungen ohne Beteiligung der Steuerungsgruppe getroffen werden können.

Herr Harder weist darauf hin, dass die kulturpolitischen Konzepte beschlossen wurden. Daraus ergibt sich eine Arbeitsgruppe. Mit den Schnittstellen muss jetzt umgegangen werden. Er schlägt vor, mit dieser Arbeitsgruppe zusammenzuarbeiten.

Herr Otto regt an, die Schnittstelle zur Jugendarbeit zukünftig weiter zu qualifizieren.

Herr Kroop macht deutlich, dass die Vernetzung sehr wichtig ist.

Frau Dr. Müller spricht die Finanzierung der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser an und macht deutlich, dass Förderkriterien für den Steuerungsprozess sehr wichtig sind. Diese müssen festgelegt werden. Das Konzept muss für das wahre Leben handhabbar sein.

Herr Zeller erklärt, dass der Prozess dazu geführt hat, dass sich die Häuser in den unterschiedlichen Bedingungen wahrgenommen haben.

Herr Kroop betont, dass die Häuser so finanziert werden, dass sie existieren und gut arbeiten können. Es gibt eine Grundförderung, die abgesichert werden muss.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass die lange bestehenden Häuser eine langfristig gesicherte Finanzierung benötigen. Hier erfolgt ein sehr großer Teil der Arbeit über Ehrenamtlichkeit.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf die unterschiedliche Förderung sowie die unterschiedlichen Angebote der einzelnen Häuser.

Sie fragt, wie sichergestellt werden soll, dass die Angebote miteinander vernetzt werden. Wie kann eine Vergleichbarkeit hergestellt und eine transparente und vergleichbare Förderung erreicht werden?

Sie schlägt vor, dies für die Zukunft vergleichbarer und transparenter abzubilden. Sie kann hier keine Steuerungsmöglichkeit erkennen.

Frau Rehbehn weist darauf hin, dass bisher ein Grundverständnis für die Arbeit erreicht wurde. Die Erarbeitung von Kriterien ist aufgrund der großen Unter-

schiedlichkeit der Häuser sehr schwierig.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Drucksache zur Kenntnis zu nehmen, da der Jugendhilfeausschuss fachlich nicht zuständig ist.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Alternative Hortstandorte

Vorlage: 14/SVV/0050

Fraktion Bürgerbündnis

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld

Vorlage: 14/SVV/0087

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Harder schlägt vor, dass der Prozess durch eine Arbeitsgruppe begleitet wird, um die spätere Nutzer beteiligen zu können. Er erklärt sich bereit, in dieser AG mitzuarbeiten.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass aufgrund der noch nicht vorliegenden Ergebnisse der urheberrechtlichen, wirtschaftlichen und damit im Zusammenhang stehenden baurechtlichen Prüfungen noch nicht abschließend entschieden werden kann. Dies ist auch aus ihrer Sicht unbefriedigend. Sie betont, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld alles unternommen hat, was ihm möglich ist und sich hier nicht aus seiner Verantwortung zieht.

Herr Otto bittet um Vorstellung der erwähnten Nachnutzungsoptionen.

Frau Müller-Preinesberger erklärt, dass es Ideen gibt, wie das Haus genutzt werden kann, wenn man sich entscheidet, dass das Haus stehen bleibt.

Herr Reinke fragt, ob der Jugendhilfeausschuss sich hier positionieren kann, um dies voranzutreiben.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung für den nächsten Jugendhilfeausschuss einen Beschlussvorschlag vorbereitet, in dem die Position des Jugendhilfeausschusses deutlich wird.

Des Weiteren regt sie an, einen fraktionsübergreifender Antrag in die SVV am 02.04.2014 einzubringen, da ein Antrag des Jugendhilfeausschusses erst zur Mai-Sitzung der SVV vorgelegt werden könne.

Frau Müller-Preinesberger schlägt vor, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Prüfergebnisse vorzulegen und sicher zu stellen, dass das Ribbeckeck mindestens für den nächsten Winter auszustatten ist.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dies bereits beschlossen ist. Sie regt an, über die Fraktionen die Initiative zu ergreifen.

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgewiesen.

zu 6 Sonstiges

**Nächster Jugendhilfeausschuss:
27. März 2014; 16:30 Uhr im Raum 3.041 des Stadthauses**

**Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0050

öffentlich

Betreff:

Alternative Hortstandorte

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis

Erstellungsdatum 14.01.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
29.01.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob neben dem KITA-Standort David Gilly-Straße eine Hortcontaineranlage errichtet werden kann.

gez. Bankwitz
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Wegen des aktuellen Mangels an Schulkapazitäten müssen zeitnahe Ersatzlösungen geprüft werden. In dieser Containeranlage könnten die Hortkinder der Klassenstufen 3-6 der Grundschule 3 bzw. der Karl-Förster Grundschule betreut werden. Die bisher genutzten Horträume würden übergangsweise als Unterrichtsräume zur Verfügung stehen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0178

öffentlich

Betreff:

Soziale Infrastruktur im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 18.02.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.03.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld sind Jugendfreizeiteinrichtungen vorgesehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im Februar 2012, ausgesetzten Planungen zur Realisierung unverzüglich wieder aufzunehmen. Dabei sind die beiden Möglichkeiten:

- Errichtung von zwei kleineren Jugendfreizeiteinrichtungen in der David-Gilly-Straße für Kinder von 6 bis 13 Jahren und eine kleinere Jugendfreizeiteinrichtung nahe der weiterführenden Schule für Jugendliche von 14 bis 21 Jahren
- sowie die Errichtung einer großen Jugendfreizeiteinrichtung für eine Zielgruppe von 6 bis 21-Jährigen zu prüfen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit der wachsenden Bevölkerung im Entwicklungsbereich Borstedter Feld wächst auch kontinuierlich der Bedarf an Jugendfreizeiteinrichtungen. Deshalb sollte die soziale Infrastruktur parallel zur Wohnbebauung entwickelt und realisiert werden.

Damit ein Jugendtreff ein lebendiger Ort des Zusammenseins wird, bedarf es vor allem der Identifikation mit dem Projekt. Ein wesentlicher Schritt dabei ist die frühzeitige Beteiligung der Zielgruppen, nämlich der Jugendlichen selbst, aber auch der Eltern. Für Potsdam als familienfreundliche Stadt sollte es daher selbstverständlich sein, die Betroffenen von Beginn an in die Überlegungen und die Entscheidung einzubeziehen.



Landeshauptstadt

Potsdam

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

14/SVV/0248**Betreff:**

öffentlich

Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. gemäß § 75 SGB VIII

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Erstellungsdatum 17.03.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
27.03.2014	Jugendhilfeausschuss		

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Anerkennung des Trägers PROFFITI e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage seiner Satzung vom 05.10.2010

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

 Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

Begründung:

Der Träger PROFFITI e.V. hat am 02. August 2013 den Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII gestellt. Die laut Richtlinien für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam vom 21. Mai 1992 geforderten Unterlagen wurden bis zum 23. Januar 2014 alle vollständig eingereicht und von der Verwaltung vorgeprüft.

Auf dieser Grundlage überprüfte der Unterausschuss Jugendhilfeplanung anhand der im Dezember 2008 im Jugendhilfeausschuss beschlossenen Matrix die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen zur Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe. Diese Vorgaben werden durch den PROFFITI e.V. erfüllt.

Der PROFFITI e.V. ist in Potsdam mit Aktivitäten in den Bereichen Jugendkultur und Jugendbildung bekannt. Der Träger ist seit 2007 in der Landeshauptstadt Potsdam tätig und arbeitet mit weiteren Akteuren innerhalb und außerhalb der Jugendhilfe, vor allem mit Schulen zusammen.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat dem Antrag des Trägers PROFFITI e.V. auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII zugestimmt und empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss die Beschlussfassung.